

Beschlussprotokoll IIder 8. Sitzung des Bundesrates vom 1. März 1971I. Aussprachen1. Weiteres Vorgehen i.S. Menschenrechtskonvention

Diskussionsgrundlage ist ein Exposé, welches das EPD zuhanden der Sitzung mit den Partei- und Fraktionspräsidenten erarbeitet hat. Es stellt sich die Frage, ob diese Konvention nun unterzeichnet werden soll, nachdem einer der gewichtigsten Vorbehalte - das Fehlen des Frauenstimmrechts in der Schweiz - entfallen ist. In der Aussprache verweist Herr von Moos darauf, dass in den parlamentarischen Diskussionen neben dem Frauenstimmrecht die Ausnahmeartikel der Bundesverfassung in gleich hoher Masse als Stein des Anstosses charakterisiert wurden, so dass keineswegs sicher ist, ob sich die Einstellung der Opponenten nach dem Wegfall nur eines der beiden elementaren Vorbehalte geändert hat. Es wäre deshalb eher angezeigt, nun alle Anstrengungen auf die möglichst rasche Beseitigung der Ausnahmeartikel zu konzentrieren. Der Rat nimmt davon Kenntnis, ohne auf die Divergenz näher einzutreten, da die Unterlage des EPD ja lediglich als Dokumentation für die Aussprache in der Konferenz der Partei- und Fraktionspräsidenten gedacht ist, deren Stellungnahme nun zunächst abgewartet werden soll.

2. Informationspolitik des EPD

Herr Graber unterbreitet dem Rat, unter Bezugnahme auf die früheren Aussprachen in den Sitzungen vom 23. Dezember 1970 und vom 13. Januar 1971, neue Vorschläge für die Lösung der Informations- und Kommunikationsprobleme des EPD. Es ist vorgesehen, zwei beratende Kommissionen zu schaffen. Die erste wäre eine Konsultativkommission für Aussenpolitik, deren allgemeine Aufgabe darin bestünde, abzuklären, auf welche Weise sich die Schweiz unter Wahrung ihrer wesentlichen Interessen in das Weltgeschehen einordnen kann. Dabei sollten auch konkrete Fragen diskutiert werden, die noch der Lösung harren. Ferner ginge es um die Ausarbeitung von Leitlinien, die in der Aussenpolitik zu befolgen wären. Die Kommission sollte ein politisches Gremium sein, dem Vertreter aller grossen Parteien und Persönlichkeiten angehören, die in internationalen Dingen bewandert sind, sowie 5 oder 6 hohe Beamte des EPD. Das Sekretariat würde vom EPD selbst geführt. Man geht davon aus, dass jährlich etwa 4 - 5 Sitzungen stattfinden. Neben dieser konsultativen Kommission ist eine Arbeitsgruppe für die Bearbeitung der Informationsfragen vorgesehen, die sich im Bereiche der aussenpolitischen Aufgaben für

unser Land in den nächsten Jahren stellen werden. Dieser Arbeitsgruppe gehören an der Generalsekretär, der Chef der Abteilung für Internationale Organisationen und der Delegierte für Technische Zusammenarbeit, ferner die Chefs des Politischen Dokumentationsdienstes sowie des Informations- und Pressedienstes des Departements. Ueberdies sind einige freie Journalisten und Vertreter von Radio und Fernsehen angefragt worden, ob sie bereit seien mitzuwirken. Die Aufgabe dieser Arbeitsgruppe bestünde darin, Informationsprogramme auszuarbeiten und sie dem Bundesrat zur Genehmigung zu unterbreiten. Es ginge dabei um eine didaktische Aufgabe, nicht um Propaganda. Den Stimmbürgern müssen, wie in der Unterlage des EPD ausgeführt wird, "die notwendigen Grundkenntnisse vermittelt werden, damit sie der wesentlichen Aspekte jener Hauptgeschäfte gewahr werden, die ihnen die Zukunft bringt. Diese Tätigkeit ist als Ergänzung gedacht und muss natürlich mit der traditionellen Informationstätigkeit, die ihren vollen Wert beibehält, koordiniert werden." Für die Verwirklichung der Programme gedenkt das EPD der Arbeitsgruppe Fachleute zur Verfügung zu stellen, so insbesondere Herrn Roger Nordmann, dessen Mitarbeit bereits gesichert ist. Nordmann hat, wie der Chef des EPD ausführt, keinerlei Verbindung mehr weder mit der Werbeagentur, die er in Lausanne führte, noch mit irgend einem andern Unternehmen dieser Art.

Der Chef des EPD sieht vor, der Bundeshauspresse anlässlich der nächsten Zusammenkunft im Lohn, am Freitag den 5. März 1971, von der Bestellung dieser Kommissionen sowie der Mitarbeit von Herrn Nordmann Kenntnis zu geben.

In der allgemeinen Aussprache zu diesem Informationsprogramm verweist zunächst Herr Brugger darauf, dass seines Erachtens in Integrationsfragen nicht zwei Informationsspitzen bestehen können. Das EVD hat dafür Herrn Eckenstein angestellt, und dieser macht seine Sache sehr gut. In der früheren Unterlage des EPD vom 23. Dezember 1970 war vorgesehen, dass Herr Nordmann unter anderem auch Informationen über die Bedeutung der Integration und ähnliche Probleme zu beschaffen hätte. Darob hat man sich im EVD zwangsläufig etwelche Sorgen gemacht, da in diesem Falle Schwierigkeiten unvermeidlich wären. Herr Graber betont, in Beantwortung dieser Bedenken des Chefs des EVD, dass das EPD Wert auf eine äusserst enge Zusammenarbeit mit dem EVD legt. Es ist auch zu beachten, dass das EPD nicht von Information spricht sondern von Kommunikation. Und die Kommunikationsorgane des EPD werden nichts unternehmen ohne die Zustimmung der verantwortlichen Stellen in den mitinteressierten Departementen. Wenn im Sektor der Integration eine Zusammenarbeit mit dem EVD wirklich nicht möglich sein sollte, würde sich das EPD aus diesem Bereiche zurückziehen. Herr Bonvin betont die Notwendigkeit der vom EPD in Aussicht genommenen Aktion. Ein allfälliger Volksentscheid über eine engere Zusammenarbeit mit der EWG muss von langer Hand vorbereitet werden. Hierzu bedarf es aber insbesondere der langfristigen Beeinflussung der geistigen Einstellung des Bürgers zu diesen

Fragen. Herr Brugger macht darauf aufmerksam, dass nach Meldungen, die ihm aus Zürich zugegangen sind, doch nach wie vor eine bestimmte Vereinbarung zwischen Herrn Nordmann und der Holding Farner bestehen soll. Herr Nordmann werde weiterhin bestimmte Aufträge ausführen, und seine Entschädigung soll gleich der Differenz zwischen seinem heutigen Lohn und der Entschädigung des EPD sein. Herr Graber verweist - im Sinne einer Antwort - auf den Brief der Nestlé Alimentana S.A. vom 25. Februar 1971, der ebenfalls bei den Akten liegt, und in dem Herr Liotard-Vogt bestätigt, dass Herr Nordmann alle Funktionen in seinem bisheriger Gesellschaftsbereich aufgegeben hat. Es wird aber gleichzeitig auch darauf hingewiesen, dass Dispositionen getroffen wurden, damit Herr Nordmann nach Ablauf seines Mandats für das EPD eine seiner bisherigen Stellung entsprechende Position wieder finden kann. - Damit ist die Diskussion geschlossen. Das EPD wird im Sinne seiner Anträge die Kommissionen bestellen und den Bundesrat zu gegebener Zeit über deren Zusammensetzung orientieren.

3. Die Verwendung des Hauses von General Guisan

Herr Celio orientiert den Rat über eine Besprechung, die Herr Bundespräsident Gnägi und er selbst mit Herrn a. Bundesrat Chaudet gehabt haben. Herr Chaudet orientierte dabei die Vertreter des Bundesrates über die Offerten, welche die Erben des Generals von privater Seite erhalten haben. Er, Herr Chaudet, möchte nun, dass der Bundesrat ihm einen Brief schreibe, wonach auch der Bund für den Fall, dass die Erbschaft frei von jeder Servitut gekauft werden könnte, bereit sei, finanziell einen ganz anderen Entwurf zu machen. Herr Celio liest dem Rat den Entwurf zu einem solchen Schreiben vor, und der Rat genehmigt diesen Entwurf.

II. Umfrage

Herr von Moos

- orientiert den Rat über seine Besprechungen mit Herrn Rumor. Im Vordergrund der Diskussion stand zwangsläufig das Problem der italienischen Arbeitskräfte in der Schweiz, wobei sich aus der Diskussion ergab, dass deren Statut problematischer als die Zahl der von der Schweiz aufgenommenen italienischen Arbeitskräfte ist. Man erwartet in Italien insbesondere eine Verbesserung des Statuts der Saisonarbeiter. Es wurde in Aussicht genommen, weitere informelle Kontakte dieser Art zu pflegen.

Herr Bonvin

- berichtet kurz über die Beerdigung des verstorbenen Oberstkorpskommandanten Hanslin, die sehr würdig war und unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung stattfand.

Herr Brugger

- unterbreitet dem Rat einen schriftlichen Zwischenbericht über die zweite Explorationsrunde in Brüssel, wovon mit Interesse Kenntnis genommen wird.
- orientiert den Rat über die Verhandlungen mit Spanien in der Fremdarbeiterfrage. Im Gegensatz zum Treffen mit Italien war die Zusammenkunft mit den Vertretern Spaniens sehr fruchtbar. Die Spanier haben auffallend grosses Verständnis für unsere Lage, sie wissen was möglich ist und was nicht. Zur Diskussion stand natürlich auch hier das Problem der unechten Saisoniers. Man wird auch Spanien etwa im gleichen Verhältnis wie Italien entgegen kommen müssen. Eine weitere Sorge der Spanier betrifft die Rekrutierung. Sie möchten vermeiden, dass schweizerische Arbeitgeber oder Organisationen in Spanien unkontrolliert und unkoordiniert nach Arbeitskräften suchen. Schliesslich wurde der Grenzsanitätsdienst von Genf zur Diskussion gestellt und dem Wunsch Ausdruck gegeben, dass dort eine menschlichere Aufnahme der übermüdet eintreffenden spanischen Arbeitskräfte erfolgen sollte.
- gibt bekannt, dass aus seinem Departement eine weitere dringende Vorlage dem Parlament angemeldet werden sollte (Zollpräferenzen für Entwicklungsländer). Der Rat ist damit einverstanden.

Herr Graber

- gibt Kenntnis von einem Schreiben von Nationalrat Walter Hofer in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsrates des Stadttheaters von Bern. Es wird gewünscht, dass der Bundesrat dem Diplomatischen Corps wieder einmal eine Vorstellung im Stadttheater offeriere. Die Angelegenheit soll noch geklärt werden.
- gibt Kenntnis vom Eingang neuer Meldungen über drohende Botschafterentführungen, insbesondere in bestimmten afrikanischen Ländern.

Herr Bundeskanzler Huber

- gibt Kenntnis von den verschiedenen Vertretungsfragen, die sich infolge der Erkrankung von Herrn Bundespräsident Gnägi gestellt haben. Der Rat stimmt den Vorschlägen des Kanzlers zu. Die Aussprache mit der Maschinenindustrie, an welcher am 9.3.1971 auch Herr Bundespräsident Gnägi hätte teilnehmen sollen, wird verschoben.

Herr Vizepräsident Celio

- gibt Kenntnis von einem Schreiben von Herrn Ständerat Louis Guisan, der sich gegen die Publikation des Berichts der Kom-

mission für strategische Studien wendet. Nach kurzer Aussprache stellt der Rat aber fest, dass, nachdem die Publikation dieses Berichtes bereits öffentlich angekündigt worden ist, ein Zurück in dieser Frage nicht mehr möglich ist.

3.3.1971 Br/An

BUNDESKANZLEI

geht an die Herren:

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)